

## FRAGESTUNDE

Beginn: 13.05 Uhr  
Ende: 14.10 Uhr

*Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 13.07 den Vorsitz.*

### 1) Integrationshaus/Finanzierung

GRin. Dr. **Richter-Kanik** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

Dr. **Richter-Kanik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In jüngster Vergangenheit, sogar heute, ist sehr viel von einem Integrationshaus beziehungsweise einem Migrations-Kompetenzzentrum für Integration die Rede. Eine Idee, die grundsätzlich natürlich sehr zu begrüßen wäre, könnte doch damit die Integrationsarbeit sehr konzentriert und kompakt erfolgen, weshalb die in diesem Bereich tätigen NGOs einem solchen Integrationshaus grundsätzlich positiv gegenüber stehen.

Was allerdings sehr vielen Menschen Sorgen bereitet, ist der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Vision und die begleitenden Rahmenbedingungen: Nämlich ein knappes Jahr vor der Gemeinderatswahl – und ohne wirklich konkrete Überlegungen in Bezug auf die Finanzierung zu präsentieren. Weder ist klar, wo ein solches Projekt angesiedelt werden könnte, geschweige denn, wie der Finanzrahmen aussieht und ob eine längerfristige Finanzierungsaussicht besteht. Sie, Herr Bürgermeister, beziehungsweise Ihr Mitarbeiter sprechen zwar davon, dass dafür auch EU-Mittel sowie Gelder von Bund und Land zur Verfügung stehen müssten. Aber man nennt weder einen Kostenrahmen noch, ob es von EU, Bund und Land dafür schon Zusicherungen gibt. Auch gibt es keine Informationen darüber, ob im Budget der Stadt für dieses Integrationshaus Vorsorge getroffen wurde. Und natürlich stellt sich für die NGOs darüber hinaus die Frage, inwieweit eine mittel- und längerfristige finanzielle Absicherung vorgesehen ist, zumal es derzeit ja so ist, dass die im Integrationsbereich tätigen Institutionen und Organisationen auch jedes Jahr

erneut vor existenziellen Problemen stehen, da auch sie keine mittel- und längerfristigen Absicherungen haben.

In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs die

### **F r a g e ,**

wie das konkrete Finanzierungskonzept für das Integrationshaus oder Migrations-Kompetenzzentrum aussieht (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vorweg, Frau Gemeinderätin, möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken für Ihr langjähriges Engagement im Bereich der Integrationsarbeit, ich weiß, es ist Ihnen ein ganz wichtiges Anliegen. Die Frage gibt mir Gelegenheit, in gebotener Kürze einige Anmerkungen zur Integration aus meiner Sicht zu machen. Für mich bleibt unverrückbar die Devise, es kommt auf die Dosis an. Integration ist dort möglich, wo die zu Integrierenden nicht eine Mehrheit darstellen. Deshalb bin ich für eine geregelte Zuwanderung und gegen eine zufällige Zuwanderung über das Asylverfahren, soweit es sich nicht um tatsächlich Verfolgte handelt. Deshalb habe ich mich in letzter Zeit mehrmals deutlich an die Richter des sogenannten Unabhängigen Bundesasylsenates gewandt, die scheinbar nicht in der Lage sind, halbwegs effizient zu arbeiten. Ein Asylverfahren muss in sechs Monaten beendet sein. Mittlerweile auch gesetzlich, damit der wartenden Mensch weiß, ob er bleiben kann oder nicht. 27.000 Menschen befinden sich in einer oft mehr als drei Jahre dauernden Warteschleife, das ist der Durchschnitt. Das ist aus meiner Sicht ein Skandal und kostet den Steuerzahler jährlich 325 Millionen Euro, wie Sie aus dem Rechnungshofbericht entnehmen konnten. Wer hier bleiben darf, hat meine volle Unterstützung, damit er sich bei uns möglichst rasch eigenständig zurechtfindet. Dazu gehören zuerst die deutsche Sprache und dann natürlich Arbeit. Sie kennen meine fünf Punkte als Gradmesser der Integration, das ist Deutsch, das ist Demokratie, das ist Inkulturation und es ist auch die Zweisprachigkeit. Damit an diesen Kompetenzen effektiv gearbeitet wird, glaube ich, ist es notwendig, die

einschlägigen aktiven NGOs, denen wir in der Stadt in Wahrheit in den letzten Jahren viel Arbeit im Integrationsbereich zu verdanken haben und die städtischen Einrichtungen auch räumlich zusammenzuführen. Ob das Wellcome-Haus, wie ich es vorgeschlagen habe oder Migrations-Kompetenzzentrum etc. sei einmal dahingestellt, ich suche jetzt im Moment nur gerne positiv besetzte Begriffe, deswegen habe ich mir einmal das Wellcome-Haus, das Willkommensein, ausgedacht und ich freue mich, dass sowohl die NGOs als auch Sie der Meinung sind, dass ein solches Zusammenführen durchaus Sinn machen würde. Wichtig ist für mich, dass Neu- und AltgrazerInnen wissen, wohin sie sich in Fragen der Integration wenden können. Ich bedanke mich bei allen, die sich mit mir Gedanken über so ein Zentrum machen wollen, es waren jetzt alle einschlägigen NGOs und auch einige Kollegen hier aus dem Gemeinderat bei der Stadtveranstaltung zu so einem Wellcome-Haus hier im Rathaus. Es hat bereits Gespräche, und jetzt komme ich auf die Finanzierungsfrage von Ihnen, es hat Gespräche mit dem Bundesministerium für Inneres bezüglich der Finanzierung eines solchen Hauses gegeben und wir warten jetzt nur noch auf die Ausschreibung des neuen Europäischen Integrationsfonds, da wird es Geld gerade für den kommunalen Bereich geben, um die Probleme, die es in Holland und Frankreich gegeben hat, aus europäischer Sicht zu lösen. Da wird Geld da sein und es wurde uns klar von Seiten des Ministeriums gesagt, bitte ein Projekt entwickeln, um mit diesem Projekt, sobald dieser Fonds gebildet ist, dann möglichst als Erster auch schon dabei zu sein. Das wird voraussichtlich heuer im Sommer sein, der die urbanen Zentren im Mittelpunkt haben wird. Dieser Fonds ist für die Finanzierung sehr wichtig, da dieser Fonds auch heuer umgesetzt wird und es ist notwendig jetzt ein solches Projekt zu entwickeln. Das hat auch mit Wahltaktik etc. nichts zu tun, sondern es wird dieses Haus kommen. Ich möchte auch eine positive Energie drinnen sehen, man kann jetzt wieder zu allem sagen, ja aber da wird wieder kein Geld da sein usw., wir brauchen ein solches Haus, wir werden auch mit den NGOs, begonnen habe ich damit, auch drüber reden, sie zahlen jetzt auch schon wo Miete, weil sie wo eingemietet sind, ob sie dann nicht sagen, wir bringen auch diesen Mietenanteil ein, in einem Gesamthaus, es soll kein Zwang entstehen, aber ich glaube, dass, wenn wir die Keimzelle setzen, sich die anderen alle dazugesellen werden und dann gibt es für Alt- und Neugrazerinnen und –grazer, wenn ich so sagen darf, auch ein Ansprechzentrum. Mein Ziel ist es, wenn wir wissen, was wir genau wollen, ein

geeignetes Objekt zu finden und zu errichten, und zwar vor allem aus den Mitteln übergeordneter Ebenen. Den Betrieb werden wir sicher dort selber abdecken können, Sie wissen, es kann durchaus auch das Integrationsreferat dann dorthin ziehen und vieles mehr. Ich träume davon, dass die NGOs dann auch einen gemeinsamen Vortragssaal haben, dass wir nicht bei jeder Veranstaltung immer betteln gehen müssen, kriege ich jetzt den Gemeinderatssaal, ist dort was frei etc, dass man Büroleistungen im Sinne der Sparsamkeit auch gemeinsam abwickeln kann, wie wir das bei unseren Frauengründerinnenzentren gemacht haben und vieles mehr. Also ich glaube, dass wir auf der einen Seite durch vernünftiges Zusammenrücken, aber auch durch diese übergeordnete Fondsgeschichte ein solches Haus zustande bringen werden (*Applaus ÖVP*).

**Dr. Richter-Kanik:** Ich habe keine konkrete Antwort bekommen, das heißt, Sie werden im Sommer den Gemeinderat drüber informieren, wenn Sie ein fixes Budget darüber haben. Das ist die eine Sache, das Zweite ist, Sie haben gesagt Wellcome-Haus, Herr Bürgermeister, wir leben hier, wir gehören in diese Stadt, wir wollen hier angehörig sein, Sie können nicht sagen, Wellcome-Haus, die dritte Sache, ich nehme total ernst, deswegen ich habe acht Stunden in diesem Workshop gesessen und ich habe aktiv mitgearbeitet, für mich ist es sehr wichtig das Thema Migration, weil ich arbeite seit elfeinhalb Jahren in diesem Bereich und für mich ist es extrem wichtig. Deswegen frage ich Sie, und ich nehme das sehr ernst, jetzt komme ich zur Zusatzfrage, wenn ich in letzter Zeit lese, Sie haben sehr viel im Integrationsbereich vor, was in der Zeitung steht, heute im ORF steht außer Budget von Integrationsreferat. Wie viel Budget haben Sie als Integrationsreferent?

**Bgm. Mag. Nagl:** Ganz einfach, Frau Gemeinderätin, ein bisschen mehr positive Energie dort hinein. Ich heiße jeden Tag gerne alle willkommen, ich habe gesagt, über den Namen kann man diskutieren. In erster Linie wird dieses Haus auch die Erstadresse für all jene sein, die zu uns kommen und dass sich die jeden Tag willkommen fühlen, ist eine theoretische Diskussion. Noch einmal, ich habe gesagt,

das ist nur ein Vorschlag, ich will mit neuen und positiven Begriffen das Thema Integration angehen in dieser Stadt.

*Zwischenruf GRin. Edlinger: Das ist was anderes.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja das ist schon in Ordnung, das weiß ich, aber deswegen ist das negativ, dass man jemanden willkommen heißt, ich frage das ganz offen und ehrlich (*Applaus ÖVP*). Ich verstehe das nicht, jetzt arbeiten Sie, Frau Gemeinderätin, deswegen bin ich Ihnen so dankbar, Sie arbeiten jetzt mit, Sie sind stundenlang dabei, herzliches Dankeschön, Sie kennen das Projekt, das hat aus meiner Sicht keine negative Energie, das müssen wir zusammenbringen.

*Zwischenruf GRin. Gesek: Und es wird schon wieder madig gemacht.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie fragen jetzt nach der Finanzierung, ich sage Ihnen, dass das möglich sein wird, aber wir auch das nutzen, was auf den Tisch kommt. Die Europäische Union wird Geld auf den Tisch legen, das werden wir da nicht liegen lassen und das dauert bis zum Sommer, bis dorthin erarbeiten wir diese Geschichte, ich oktruiere gar nichts, wenn dieser Arbeitskreis zur Meinung kommt, das hat einen andern Namen, dann hat es einen anderen Namen. Mir ist wichtig, dass das Haus da ist und dass Menschen klare Antworten kriegen. Auch die, die oft mit Integration Schwierigkeiten in dieser Stadt haben, das ist mir auch wichtig, die sollen auch hingehen können, ihre Probleme dort artikulieren, vielleicht kann man im Netzwerk auch da viele Sorgen, Ängste, Vorurteile wegräumen. Und das Budget, das wir erstmalig zusätzlich haben zu den Budgets, das die Kollegin Kaltenbeck im Sozialbereich hat, im Wohnungsbereich die anderen Kollegen, zu diesem Budget

haben wir jetzt erstmalig, und darauf haben wir uns gemeinsam verstanden als ÖVP und SPÖ hier beim Budgetgemeinderat, 200.000 Euro bei mir im Budget und 150.000 Euro im Schulbudget, das heißt, in Summe erstmals 350.000 Euro, dass wir neue Projekte machen können. Und diese neuen Projekte werden auch nicht von mir erfunden, sondern wir sammeln de facto permanent in dieser Stadt gute Ideen zum Thema Integration ein und unsere beiden Mitarbeiter des Integrationsreferates werden selbstverständlich mit Beschlussfassung in den jeweiligen Gremien dann die besten Projekte, die unserer Zielsetzung entsprechen, auch mit uns beschließen. Die Gelder, die da sind, möchte ich jetzt nicht fürs Wellcome-Haus oder für dieses Integrationskompetenzzentrum brauchen, sondern da geht es mir um eine neue Finanzierung, aber wie gesagt, wir haben selber jetzt Mieten da herinnen, die NGOs haben Mieten, wenn wir das vernünftig angehen, wird das aus meiner Sicht keine Schwierigkeit sein.

## 2) Facility-Management

GR. **Schmalhardt** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es wurde eine Projektgruppe gegründet und damit beauftragt, für das Facility-Management Lösungsvorschläge für die Immobilien der Stadt, der Stadtwerke und der Beteiligtenunternehmen zu erarbeiten. Seither ist einige Zeit verstrichen und das veranlasst mich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, an dich die

### F r a g e

zu richten: Wann kann der Gemeinderat mit einem Bericht über das angedachte „Facility-Management neu“ rechnen oder gibt es schon konkrete Vorschläge in dieser Angelegenheit (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Klubobmann! Bereits mit Gemeinderatsbeschluss vom 28. 11. 2002 wurde im Zuge der Immobilientransaktion an die GBG eine Projektgruppe, wie du sie beschrieben hast, zur Organisationsentwicklung der GBG in Auftrag gegeben. Die darauf folgenden Untersuchungen unter Beiziehung von externen Experten und Beobachtung der Entwicklung in anderen Städten haben zahlreiche Varianten zu Tage befördert. Dabei wurden jeweils sämtliche vom Facility-Management betroffenen Aufgabenbereiche der Stadt Graz betrachtet, die Konzepte und Lösungsvorschläge waren daher entsprechend umfassend und die Auswirkungen mit ihren Vor- und Nachteilen dementsprechend groß. Als problematisch erwiesen sich dabei die derzeitig unterschiedlich politischen Zuständigkeiten. Fragen des Steuerrechts, vor allem die Umsatzsteuerproblematik bei einer allfälligen Ausgliederung sowie Abgrenzungsfragen zwischen Kerngeschäft der Stadt Graz und Facility-Management auf der anderen Seite, ist zum Beispiel Wohnhausverwaltung, politisches Kerngeschäft oder bloß Facility-Management. Versuche in Teilbereichen des Facility-Managements zu Fortschritten zu kommen, wie Zusammenlegung der Reinigungskräfte von Liegenschaftsverwaltung, Stadtschulamt etc. sind leider zur Zeit an politischen Widerständen gescheitert. Wenn ein möglichst effizientes Facility-Management im Magistrat und in den Tochtergesellschaften erreicht werden soll, ist unbestreitbar, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Aus diesem Grund wurde im letzten Budgetbeschluss, den wir jetzt im Dezember gefasst haben, auch der Auftrag für 2007 erteilt, ein Projekt neu aufzusetzen. Der konkrete Projektauftrag ist derzeit in Ausarbeitung, dieser Projektauftrag wird die einzusetzende Projektgruppe die konkreten Ziele und Nebenbedingungen und einen Zeitplan definieren und selbstverständlich, wenn wir soweit sind, auch in den jeweiligen Gremien beraten und beschlossen werden.

GR. **Schmalhardt**: Du hast gesagt, den gesamten Aufgabenbereich der Stadt, da gehe ich davon aus, dass du auch meinst, dass die städtische Wohnhausverwaltung in dieses Facility-Management einfließen sollte?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das sind genau die Fragen, die es zu diskutieren gibt, nämlich nicht nur sachlich, fachlich, sondern letztendlich auch noch politisch. Es ist heute so, wenn Sie einen großen Konzern haben, dann würden Sie oder würdest auch du, selbstverständlich das gesamte Immobilienvermögen, die ganzen Grundstückswerte in ein Unternehmen einbringen, so machen des die ganzen Großen...

*Zwischenruf StRin. Kahr unverständlich.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich sage das schon, wir sind kein Konzern, ich habe gesagt, wir werden darüber diskutieren, aber ich sage nur, wie es prinzipiell bei großem Anlagenvermögen, bei großem Grundstücksvermögen funktioniert. Du bringst dieses in eine Gesellschaft ein und versuchst dann dort in Untergruppenbereiche wie Grundstückskauf und Entwicklung, Baulichkeiten und Instandhaltungen und Reinigung, Pflege und Facility-Management dann zu gliedern. Wir sind eben nicht ein Konzern, wo man das so einfach betrachten kann, es ist in unseren Gesellschaften oft sehr wichtig, dass sie für ihre Bilanzen, sage ich nur, Flughafen oder Stadtwerke, selbstverständlich auch auf der Aktivseite der Bilanz dieses Grundvermögen oder dieses Immobilienvermögen hatten und man könnte maximal drüber nachdenken aus meiner Sicht, dieses nicht betrieblich notwendige Vermögen, wenn es eines geben sollte, in einer Gesellschaft wieder von der Stadt verwalten zu lassen. Aber da haben wir politisch momentan, sage ich einmal, Abgrenzungen, die wahrscheinlich im heurigen Jahr nur ein Projekt ermöglichen wird und wir sollten dann für die nächste Gemeinderatsperiode klar definieren, wo bleiben die Immobilienvermögen, bleibt es im Wohnungsbereich etc. Ich habe da selber jetzt absolut keine Stellungnahme, die ich dazu abgeben möchte, Faktum ist, wir sind auf Grund dieser vielen Überschneidungen noch nicht weitergekommen und es tut sich auch die Verwaltung, die sich sehr bemüht hat, das zu lösen, relativ schwer und dazu kommt dann auch noch die Steuerproblematik, dass manches auch gar nicht auszugliedern sein wird. Aber wenn du drauf abzielst zu sagen, hat der Bürgermeister oder die Stadtregierung vor, das Wohnungsvermögen jetzt quasi zu privatisieren oder sonst was, ein klares



Nein, das haben wir nicht vor, wir wollen nur schauen, dass wir sparsam umgehen, dass wir die richtigen Strukturen aufbauen, ich glaube, das ist wichtig und dass wir dann, sage ich einmal, mögliche positive Effekte auch wirklich erzielen. Das haben wir zum Teil schon geschafft, aber wenn du den ganzen Magistrat und alle Beteiligungen nimmst, ist das ein Monsterprogramm (*Applaus ÖVP*).

### 3) Verein „Kultur hilft“

GRin. **Binder** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Miedl! Im Oktober ist einer ausgezogen aus Wien, um in seine alte Heimat zurückzukommen, in die Steiermark und da im Besonderen in die Stadt Graz und so nach dem Motto, neue Besen kehren gut, habe ich so irgendwie die Fantasie gehabt, da wird sich jetzt viel bewegen, aber manchmal wird der Besen mit einem Stahlbesen verwechselt und der zerstört dann einiges. Irgendwie bewundere ich oft Ihre Energie, die Sie haben und Ihre Fantasie, so Einzelprojekte zu entwickeln und sie dann auch mit aller Energie und aller Kraft, die Sie haben, auch durchzusetzen oder zumindest durchsetzen zu wollen. Ich habe aber trotzdem den Eindruck, dass Sie sich auf eine Reise machen gerade im Kulturbereich, wo nicht ganz klar ist, was das Ziel ist, wo Sie hinwollen und dabei haben Sie ziemlich viel Schwung gegeben und geben Gas und bei der ersten Rechtskurve kommen Sie dann ins Schleudern und wundern sich, wenn Sie im Straßengraben landen. Dafür gibt es einige Beispiele und das jüngste Beispiel hat ja dann auch irgendwie den Kulturbeirat dazu veranlasst, zumindest seine Tätigkeit jetzt einmal auszusetzen. Deswegen frage ich Sie jetzt, Herr Stadtrat Miedl, weil ich auch wiederum über andere Menschen gehört habe, dass Sie einen Kulturverein ins Leben rufen wollen, mir ist nicht ganz klar, ob er schon ins Leben gerufen wurde. Dieser Kulturverein soll heißen „Kultur hilft“ und soll sich speziell im Bereich der Triester Siedlung soziokulturell betätigen.

Mein konkrete

## F r a g e

an Sie jetzt, nachdem das ja nicht wirklich offen kommuniziert wird:

Können Sie den Gemeinderat über die Zielsetzung, Struktur und Finanzierung des von Ihnen geplanten Vereins „Kultur hilft“ informieren?

StR. **Miedl:** Frau Klubobfrau, soweit es mir möglich ist, tue ich das gerne. Der Verein heißt nicht „Kultur hilft“, sondern „Kultur lebt“. Die Idee zur Gründung dieses Vereines ist entstanden im Herbst 2006, wo ich mit anderen, nämlich im Wesentlichen mit Vertretern der Polizei, der Polizeiinspektion Karlauerstraße, dem Soziologen Prof. Dr. Peter Gasser-Steiner, der Bezirksvertretung und dem ehemaligen Pfarrer von dort, Johann Jandrasits, zu einer Diskussion mit den betroffenen Menschen aus dieser Gegend zusammengekommen bin und der Pfarrer Jandrasits hat als eine der Forderungen nach der Diskussion vor übrigens allen Versammelten gemeint, es fehlt an Lobbyismus. Wir brauchen Lobbyismus für die armen Menschen in solchen Gegenden, für die sozial Schwachen in diesen Gegenden und wir brauchen Lobbyismus für die Menschen, die zu integrieren sind, die Migrationsproblematik. Wenn man genau hinschaut, Denggenhof, Triester, Schönau, Grünanger, es gibt ähnliche Problemstellungen und dieser Verein ist gegründet worden und sollte seine Tätigkeit auf ehrenamtlicher Basis, Frau Kollegin, auf ehrenamtlicher Basis im Interesse der dort lebenden Menschen entwickeln. Ich denke, dass es sehr viel zu tun gibt in dem Bereich, ich denke, dass es diesem Verein gut gelingen wird, seine Tätigkeit zu entfalten, zumal sehr viele gesellschaftlich relevante Kreise damit eingebunden sind, der Obmann dieses Vereines ist der Gemeinderat Georg Topf und der ist dabei, seinen Vorstand jetzt entsprechend des gesellschaftlichen Spektrums zu erweitern. Da ist eine Initiative, die von Gemeinderat Topf und wenn man so will, auch von mir, ausgeht und damit hat es sich in Wirklichkeit. Ich wünsche, dass dieser Initiative noch viele, viele andere folgen mögen, Frau Kollegin, das ist des Rätsels Lösung (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Danke, vorerst für diese Grundinformationen, obwohl ich ganz gern noch mehr erfahren würde, aber vielleicht gelingt es ja. Ich entnehme jetzt Ihren Ausführungen, dass hier keine Kulturschaffenden miteingebunden sind, das erstaunt mich einigermaßen, weil ich gerade aus diesem Bereich ja auch die Information bekommen habe, die mich zu der Frage veranlasst hat. Könnten Sie sich vorstellen, Herr Stadtrat Miedl, dass Sie bei der Installierung solcher Ideen „Kultur lebt“ heißt dieser Verein, ich weiß nicht wie ein anderer heißen wird, dass Sie hier auch einen, wie soll ich sagen, einen offenen Informationsaustausch pflegen in Zukunft und auch den Kulturbeirat, der ja mit sehr kompetenten Menschen besetzt ist und der ja eine ganz bestimmte Aufgabe zugewiesen bekommen hat, nämlich als Beirat, als fachlicher Beirat in Kulturfragen zu beraten, den auch miteinzubinden in Ihre weiteren Überlegungen?

StR. **Miedl**: Ein bisschen neugierig sind wir schon. Ich sage Ihnen zum Ersten, der Beirat ist eingebunden, der Beirat wurde in seiner letzten Sitzung vor Weihnachten eingebunden, es gibt ein umfassendes Protokoll und ich sage Ihnen jetzt, was da laufen soll. Es wird mit zwei Kulturschaffenden, nämlich im Wesentlichen der Obmann der IG Kultur Petrovics und Max Aufischer eine koordinierende Tätigkeit sich entwickeln, wo Kulturschaffende in diese soziokulturelle Aufgabe miteingebunden werden. Das ist ein Prozess, der im Laufen ist, der überhaupt nichts mit dem Verein zu tun hat, sondern der Verein wird dazu, und da will ich dem Gemeinderat jetzt gar nicht hineinreden, weil das ist die Vereinsautonomie, unterstützende Arbeit leisten, wo wie es so viele Vereine gibt, mit denen man sich vernetzen wird müssen in Zukunft und Organisationen. Und im Kulturbereich wird es ganz, ganz spezielle Angebote für die dort lebenden Menschen geben, die nicht oktroyiert werden, sondern die mit den Menschen, die dort leben, gemeinsam entwickelt werden, nämlich genau das ist die Schwierigkeit, meine Damen und Herren. Dass wir bislang von unserer Politik hergegangen sind, Defizite erkannt haben und sie über die Menschen drübergestülpt haben, ob sie damit etwas anfangen können haben oder nicht, war dann eigentlich wurscht, sondern ich glaube, dass es viel mühsamer und viel effizienter ist, den anderen Weg zu gehen, Defizite zu erkennen und mit den Menschen gemeinsam was zu entwickeln. Und ich verrate

Ihnen so viel, der Herr Bürgermeister hat es bereits angekündigt, ja, es gibt auch Geld im Schulbudget für Maßnahmen der Integration, ja, wir werden in jenen 12 Schulen, wo wir einen MigrantInnenanteil über 50 % haben, eine spezielle Programmatik entwickeln unter Einbeziehung der Kulturschaffenden in dieser Stadt, es gibt viele, die Interesse haben, unter Einbeziehung der Pfarren, unter Einbeziehung der Interessierten und engagieren Leute, Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und ich denke, das wird ein umfassendes Konzept werden, von dem man, hoffe ich, noch hören wird, wo ich hoffe, dass es uns und ich hoffe es im Interesse der Menschen, für die wir das dort entwickeln, dass es gelingen wird, Integrationsarbeit unter Zuhilfenahme von kulturellen Aspekten so voranzutreiben. Das ist die Absicht dahinter und nicht mehr und nicht weniger. Es ist eine andere Strategie als die bisherige, von der ich noch nicht weiß, wie erfolgreich sie sein kann. Ich bin nur mutig genug, auch in diesen Fragen neue Wege zu gehen, Sie haben es ursprünglich erwähnt und ich werde meine ganze Energie dort einsetzen, dass es zu einem möglichst positiven Abschluss dieser Arbeiten kommen kann, der im Working Progress werden wird und wo sehr viel Zeit und sehr viel Arbeit noch hineinzufließen sein wird und muss, damit ein sehr positiver Ausgang dieses Ansatzes erreicht werden kann.

#### **4) Josefigasse 53/55**

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. Miedl folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: In der Hoffnung, dass noch Energie überbleibt, Werner, wenn du dort deine ganze einsetzt. Seit Längerem gibt es in der Josefigasse 55 und angrenzend im Haus 53 ein Gebetshaus mit Veranstaltungszentrum des Islamischen Jugendvereines. Dafür werden auch in der Josefigasse 55 als Wohnung ausgewiesene Räumlichkeiten benützt. Meines Wissens ist für die Nutzungsänderung in „Vereinslokal-Gebetshaus“ bei Wohnungseigentum die Zustimmung der anderen Wohnungseigentümer erforderlich.

Es geht nicht darum, dass hier Animositäten zwischen Kulturen unterstützt werden, sondern es geht darum, dass hier offensichtlich rechtlich nicht alles in Ordnung ist. Gerade eine Nutzung als Gebetshaus und Treffpunkt für muslimische Männer, es sind ja vorwiegend Männer, die dort sich aufhalten, die ist sensibel und einerseits mit den Anrainern sollte diese Art der Nutzung besonders kommuniziert werden und rechtlich hieb- und stichfest sein.

Wer sich die Situation vor Ort ansieht, wenn sich dort oft mehr als 300 Muslime in einem sehr kleinen Hof, umgeben von Wohnungen, aufhalten, der kann sich vorstellen, welche Lärmbelästigung entsteht und welche Aggressionen sich da aufschaukeln. Das ist so ein Areal, wo die umliegenden Häusern einen richtigen Schalltrichter darstellen und das laute über Lautsprecher erfolgende Vorbeten des Imam stellt eine wirkliche Störung dar. Dazu kommt natürlich auch die Lärmbelästigung von zu- und abfahrenden Pkws, das Gemurmel von 300 Leuten, also in diesem Schalltrichter, ist auch nicht ohne. Dieser Bereich ist vollkommen ungeeignet, als Treffpunkt für so viele Menschen zu fungieren.

Meiner Information nach wurden Lautsprecher verboten und es wird auch bestritten, dass welche verwendet werden, die Ohren der Anrainer und auch meine haben allerdings anderes vernommen. Es gab bereits eine Beschwerde an den Bürgermeister, die er auch beantwortet hat, und auch du, lieber Werner, warst damit schon befasst und nachdem die vorschriftswidrige Nutzung festgestellt wurde, ist der Akt deiner Auskunft nach auch der Vollstreckungsbehörde übergeben worden. Diese Auskunft, die du gegeben hast, die stammt vom Jänner 2006, ohne dass sich Wesentliches verändert hat.

Da dieser Zustand für die dort Wohnenden wirklich störend ist, stelle ich daher an dich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs die

### **F r a g e ,**

was du zu tun gedenkst, um den Wohnungseigentümern in der Josefigasse 55 endlich zu ihrem Recht und auch zu ihrer Ruhe zu verhelfen?

StR. **Miedl:** Ja, Maxie, meine Energie wird auch hoffentlich für das reichen, ich sage Ihnen dazu, Kommunalpolitik ist wahrlich die Königsdisziplin, ich war in mehrfachen Funktionen,...

*Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Wem sagst du das.*

StR. **Miedl:** ...diese Form der Auseinandersetzung tagtäglich mit Bürgern und den Problemen, die es gibt, die gibt es in dieser Intensität in keiner anderen politischen Funktion, deswegen an Sie, meine Damen und Herren allgemein, ein hohes Lob, weil das ist eine hohe Voraussetzung und Verantwortung. Zum Konkreten, ich war im Sommer 2006 vor Ort, habe mir das angeschaut, ich habe auch sofort Veranlassungen getroffen und zwar, ich habe insgesamt veranlasst, dass Zwangstrafen verhängt wurden und zwar jeweils die Höchststrafe. Zweimal wurde die Höchststrafe ausgesprochen, das ist jetzt im Vollstreckungsbereich, allerdings hat der Nutzer in der Zwischenzeit ein Bauansuchen abgegeben, das heißt, während des laufenden Verfahrens des Ansuchens kann ich jetzt keine weiteren Strafen nunmehr verhängen, weil es wird ja ein Widmungsänderung sozusagen verlangt, allerdings wird weiterhin über mein Anweisen hin die Bau- und Anlagenbehörde die Versammlungszwecke weiterhin untersagen auch per Zwangsstrafen, das können wir nämlich. Es ist das ganze Baugesetz und die einschlägigen Bestimmungen überhaupt nicht ausgerichtet, relativ rasch da wirksam zu werden, wirksam tätig zu werden und ich verstehe den Groll der Anrainer, Maxie, wirklich, weil ich auch nicht, und da bin ich bei dir, nämlich es geht da nicht um ein Untersagen einer anderen Religion oder der Ausübung einer anderen Religion, auch nicht das einer anderen Kultur, sondern das muss nebeneinander so stattfinden, dass der eine möglichst den anderen nicht stört. Daher habe ich vor, das sehr konsequent weiter voranzutreiben, allerdings kann ich auch die Fristen des AVG und VVG nicht außer Kraft setzen, das heißt, das ist leider gültiges Recht und das dauert, bis das soweit ist.

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Ich erspare mir die Zusatzfrage.

## 5) Baumfällungen Schloss Reinthal

GR. Mag. **Spath** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Grüngürtel im Osten von Graz gilt als Naherholungsgebiet für die Grazer Bevölkerung. Die Wald- und Wiesenflächen in Petersbergen werden von vielen Spaziergängern, Joggern und Erholungssuchenden zum Ausspannen und Auftanken genutzt. Die gesunde Luft, die ruhige Umgebung und der große Waldbestand laden dazu ein. Ein Herzstück dieser Naherholungsoase bildet das zirka 181.000 m<sup>2</sup> große Areal des Schlosses Reinthal.

Seit längerem ist der Verkauf dieses Areals im Gespräch. Am Ende des vergangenen Jahres schien es ernst zu werden, eine Leasingnehmerin wurde gefunden, der Vertrag sollte mit 1. Jänner 2007 abgeschlossen werden. Aufgrund der Tatsache, dass die Spielgemeinschaft „Schlossspiele Reinthal“ ihre Aufführungen bis Ende März bereits geplant und der Kartenvorverkauf bereits begonnen hatte, einigte man sich, den Vertrag, rückwirkend mit 1.1.2007, erst im März abzuschließen.

Dies war bei den verantwortlichen Stellen im Magistrat auch bekannt, wie mir glaubhaft versichert wurde. Trotzdem fällt die Liegenschaftsabteilung der Stadt Graz, die das Areal von der GBG gepachtet hat, im Jänner eine Vielzahl von Bäumen.

Die Erklärung von Seiten der Stadt, „die Bäume seien vom Borkenkäfer befallen“, wie es auch in den Medien zu lesen war, konnte ich bei einem Lokalaugenschein mit einem Holzexperten nicht feststellen. Die gefälltten Baumstämme waren durchaus gesund.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

### **F r a g e :**

„Warum wurden am Areal des Schlosses Reinthal, ohne Einbindung der GBG und der zukünftigen Leasingnehmerin, noch Mitte Jänner Baumschlägerungen beziehungsweise der Kahlschlag einer Waldschneise von der Liegenschaftsabteilung vorgenommen?“ (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich habe die Liegenschaftsverwaltung und insbesondere auch unseren Stadtförster ersucht, mir diese Vorgänge zu erklären und habe folgende Antwort erhalten, die ich hiermit an Sie weiterreichen möchte. Im Oktober 2001 hat der Gemeinderat ein umfassendes Waldwirtschaftskonzept zur nachhaltigen Sicherung der Grazer Stadtwälder einstimmig beschlossen. Nach vorbehaltloser Zustimmung im Naturschutzbeirat und Einstimmigkeit im Umweltausschuss wurde dieses naturnahe Waldbewirtschaftungskonzept beschlossen und auch im Gemeinderat beschlossen und gelangt nun zur Umsetzung. Schon im Winter 2005/2006 mussten wegen einer forstbehördlichen Aufforderung die Fichtenbestände im Waldareal des Schlossbereiches Reinthal aufgearbeitet werden und hat ein neuerlicher Käferbefall im Herbst 2006 an zwei Bäumen gezeigt, dass dieses Käferproblem nicht zu stoppen war. Im Waldbewirtschaftungsplan wird klar festgehalten, dass nicht standortgerechte sekundäre Nadelwälder allmählich zu Mischwäldern weiterentwickelt werden sollen. Die Fichte als nicht standortgerechter Baum leidet unter den hohen Temperaturen, wird anfällig für Käferbefall und es sind daher Schwierigkeiten größeren Ausmaßes an der Tagesordnung. Ökologisch und ökonomisch macht es Sinn, die Fichtenbestände sukzessive zu dezimieren, die Monokulturen in stabile Mischwälder nachhaltig umzustrukturieren. Der Eingriff im Bereich des Schlosses Reinthal stellt eine dieser notwendigen Maßnahmen dar und werden Fichtenmonokulturen nicht rechtzeitig verjüngt und wird nicht rechtzeitig Licht und Raum für die Waldjugend geschaffen, kann in weiterer Folge auf Käferbefall nur mehr reagiert werden und dies ist auch mit wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Die Liegenschaftsverwaltung, Referat Forst hat ein umfassendes Jahressanierungsprogramm für Teile der Stadtwälder ausgearbeitet. Diese Maßnahme wurde dem Naturschutzbeirat im



Herbst 2006 zur Zustimmung vorgelegt und dieses Projekt befindet sich daher derzeit auch in Umsetzungsphase. Vorgesehen sind Stammzahlreduktionen, Läuterungen beziehungsweise Einzelstammentnahmen immer unter Bedachtnahme des naturnahen Waldbewirtschaftungskonzeptes, wie es der Gemeinderat beschlossen hat. Schon im Jahre 1998 wurde im Bereich hinterer Leechwald eine Durchforstung beziehungsweise Stammzahlreduktion unter dem Liegenschaftsreferenten, damaligen Liegenschaftsreferenten Mag. Siegfried Nagl durchgeführt, was zu zahlreichen Unmutsäußerungen und entsprechendem medialen Echo geführt hat. Dieser Bereich zählt heute zu einer der Vorzeigeflächen einer ökologisch, ökonomisch sinnvollen Vorgangsweise und wir dürfen Sie, meine Damen und Herren, Gemeinderatsmitglieder und KollegInnen der Stadtregierung sowie dem Herrn Bürgermeister, der heute nicht mehr anwesend ist, zu einem Begehungstermin am 28. 2. 2007 um 14.30 Uhr herzlich einladen, um Ihnen die Sinnhaftigkeit der entsprechenden Ergebnisse zu präsentieren. Zu Ihrer Frage, warum beim Schloss Reinthal ohne Einbindung der GBG und der zukünftigen Leasingnehmerin die Durchforstung durchgeführt wurde, darf angemerkt werden, dass nach Bekanntgabe eines Leasingnehmers für diese Liegenschaft die Maßnahmen umgehend eingestellt wurden und mit der Leasingnehmerin abgesprochen werden konnte, dass das Holz auf dem Lagerplatz gerückt wird und die Leasingnehmerin die Nutzung dieses Holzes zur Sanierung des Schlosses benötigt. Prinzipiell ist jedoch anzumerken, dass auch die Leasingnehmerin, falls sie die Nutzung der Wälder um Schloss Reinthal übertragen bekommt, den Weg der naturnahen Waldbewirtschaftung umsetzen wird, da ansonsten wirtschaftliche Nachteile für den Leasinggeber zu befürchten wären. Die mittlerweile unbestrittene Änderung der klimatischen Verhältnisse gekennzeichnet durch verminderte Niederschläge und relativ hohe Temperaturen macht den Grazer Waldbeständen prinzipiell zu schaffen. Die von Nadelgehölzen dominierten Bestände sind besonders gefährdet, es kommt zu erhöhten Schadeinwirkungen, Kronenverlichtungen und starkem Borkenkäferbefall. Im Jahr 2003 hatte die Stadt Graz einen Schadholtzanfall von fast 2000 Festmeter resultierend aus hohen Temperaturen und eben diesen geringen Niederschlägen, wie vorhin angeführt, vor allem in Fichtenbeständen. In der Forstinventur 2001 wurde festgestellt, dass fast 50 % der Stadtwälder Pflegerückstände aufweisen. Diese Rückstände sollten in den nächsten Jahren abgebaut werden, um für die BürgerInnen der Stadt Graz sowie für die Erholungssuchenden und vor allem für die

Kinder einen nachhaltig strukturierten artenvielfältigen Waldbestand und somit auch zukünftig beste Waldbedingungen sichern zu können (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Spath**: Herr Stadtrat, von Durchforsten und Einzelstammentnahme kann hier aber keine Rede sein, wenn eine ganze Waldschneise acht Meter breit mindestens, ich weiß nicht, 50 Meter lang herausgeschlagen wird. Ich habe hier auch einige Fotos von Baumstämmen, die durchaus nicht vom Borkenkäfer befallen sind, also diese Argumentation dem kann ich nicht ganz folgen, möchte aber folgende Zusatzfrage auch an Sie, Herr Stadtrat, als zuständiger Finanz- und Liegenschaftsreferent stellen, der Sie auch für die GBG und die Liegenschaftsverwaltung zuständig sind, glauben Sie, dass Sie in diesem Fall Ihre Koordinierungsaufgabe ausreichend wahrgenommen haben? (*Applaus ÖVP*).

StR. Dr. **Riedler**: Also prinzipiell kann ich nur Fragen gerecht werden, die auch an mich herangetragen werden...

*Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Das ist eine gute Frage.*

Mag. **Fluch**: ...und ich bin, wie alle anderen Kollegen des Stadtsenates nicht für die Einzelfallerledigung von städtischen Aktivitäten zuständig.

*Zwischenruf GRin. Gesek: Wo ist die politische Verantwortung?*

StR. Dr. **Riedler**: Ich möchte Ihnen aber gerne eine Information geben, die Ihnen vielleicht auch, und auch dem Gemeinderat dienen kann, das tatsächliche Ausmaß darzustellen. Wir haben hier vom Waldförster Bedenk, dessen Kompetenz Sie ja offenbar in Zweifel ziehen, anders kann man die Frage nicht verstehen, ich tue das im Übrigen nicht, hier die Darstellung der Schlägerungsmaßnahmen, die also zeigen, dass von einer acht Meter breiten Schneise, wie Sie es darstellen, also offensichtlich keine Rede sein kann, ich stelle Ihnen diese Aufnahme auch gerne sehr gerne zur Verfügung. Ich möchte Ihnen auch mitteilen, dass Informationen an den Bezirksvorsteher vorab durch Infotafeln vor Ort sowie durch zahlreiche Gespräche der Forstarbeiter mit den Waldbesuchern durchgeführt werden, um eben die betroffene Bevölkerung auch entsprechend, vor allem die WaldbesucherInnen, entsprechend zu informieren.

***Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Im Nachhinein?***

StR. Dr. **Riedler**: Mag. Wolfgang Wagner von der Bürgerinitiative Stadtpark hat sogar in einem Schreiben vom 8.11.2006 an den Naturschutzbeirat angeführt, dass es auch anders geht, zeigt die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Graz Dipl.-Ing. Bedenk für dessen Präsentation der geplanten forstlichen Maßnahmen ebenfalls keine Zeit war. Legte ein sorgfältig gestaltete Dossier vor, anhand dessen man sich ein gutes Bild über die geplanten Maßnahmen machen kann. So ist die Transparenz gewährleistet. Es ist also so, dass in der Bevölkerung die Maßnahmen der Liegenschaftsverwaltung und des Stadtförsters absolut gut ankommen. Ich möchte Ihnen aber durchaus zugestehen, dass ich mir in diesem Zusammenhang auch ein anderes Vorgesehen insofern vorgestellt hätte, als ich doch der Meinung bin, dass zwischen den Abteilungen beziehungsweise zwischen den städtischen Gesellschaften und den Abteilungen ein rechtzeitiges Vorweginformieren und gerade in diesen Fällen sinnvoll ist und von mir auch eine entsprechende Anweisung gegeben wird (*Applaus SPÖ*).

**6) Aktion „7 vor 7“**

GRin. **Meißlitzer** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Meißlitzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Es ist weder 12 nach 12 noch 5 vor 5, sondern wir sind bei der Aktion 7 vor 7, ich bedanke mich, dass Sie meine Frage vom letzten Mal, die ich leider nicht stellen konnte, weil ich krank war, so rasch mit einem Brief beantwortet haben. In Ihrer Beantwortung auf meine Frage zur Aktion „7 vor 7“ teilten Sie mir am 1. Februar mit, dass der Aufkleber und die zugehörige Postkarte an alle Grazer Volksschülerinnen und Volksschüler in städtischen Schulen ausgesandt wurden. Sie schreiben darinnen auch, dass Sie der Meinung sind, dass, wenn das in der Schule ausgeteilt worden wäre, das nicht so effizient gewesen wäre. Leider ist dem nicht so und ich stelle daher heute namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

**Frage:**

Nach welchen Kriterien wurde die Info-Mail Massenaussendung zur Aktion „7 vor 7“ vorgenommen? (*Applaus SPÖ*).

StR. **Miedl**: Zum einen hat die Aktion zwei grundsätzliche Ausrichtungen gehabt, das eine war, dass die Eltern dabei mithelfen, die überschweren Schultaschen der Volksschulkinder zu entrümpeln. Wenn Sie mit den PädagogInnen reden, Frau Kollegin, es ist ein Wahnsinn, was sich in den Schultaschen der Kinder oft befindet und die Kinder müssen das schleppen. Und da haben wir uns einfallen lassen eben dass „7 vor 7“, weil das bleibt irgendwie hängen, das ist auch ein Bild, dass vor dem Hauptabendprogramm des Fernsehens die Eltern sich noch einmal bemühen und in die Schultaschen der Kinder schauen. Daraus haben wir Pickerl konzipiert und das Pickerl ist eine 3M-Folie aus rückstrahlendem Material und dient der Verkehrssicherheit. Und ich war bemüht, das allen Volksschulkindern zuzusenden und es ist auch so erfolgt. Das Stadtschulamt hat über die Hauptkanzlei das an alle

Volksschulkinder beziehungsweise deren Eltern gesandt, weil ich nicht wollte, dass das relativ kostenintensive Pickerl irgendwo in den Schulen herumklebt. Die Kinder haben das auch sehr intensiv genutzt und es gibt sehr viele Kinder, die mit dem Aufkleber auf der Schultasche jetzt schon unterwegs sind. Von den insgesamt Aussendungen sind rund 200 zurückgekommen, weil 200 eben verzogen sind, andere Adresse etc. Da wurde in der Zwischenzeit durch das Stadtschulamt bereits die neue Adresse eruiert und die bekamen noch einmal Post. Das heißt, die Pflichtschulkinder, für die die Stadt Graz zuständig ist, haben eigentlich umfassend alle diesen Aufkleber mit der entsprechenden Botschaft bekommen und die Eltern, glaube ich, haben mich verstanden, was wir mit dieser Aktion bezwecken (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Meißlitzer**: Meine Frage hat sich ja nicht auf die Aktion bezogen, die ich ja auch sehr gut finde, weil ich genau weiß, was sich in den Schultaschen befindet und nicht befinden sollte zum Beispiel, aber es ist so, dass Sie der Meinung waren, dass das in den Schulen nicht so gut verteilt wird, wie mit der Post und meine konkrete Frage lautet jetzt tatsächlich, das stimmt nicht, was Sie mir jetzt wieder erklären, dass es alle Pflichtschüler erhalten haben. Wie ist es tatsächlich kontrolliert worden und wenn Sie darauf bestehen, kann ich Ihnen gerne konkrete Namen von SchülerInnen nennen, die diese Aussendung bis heute nicht erhalten haben.

StR. **Miedl**: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das geben. Es gibt natürlich noch Aufkleber, die Eltern können das von mir gerne haben. Frau Kollegin Meißlitzer, Sie waren Kind, ich war Kind, wir wissen ganz genau, wenn wir eine solche Sendung in der Schule kriegen, ziehen wir die Folie ab und picken die Aufkleber irgendwohin und das wollte ich eben vermeiden. Zum einen, damit nicht überall in den Schulen die Pickerl herumkleben, auf der anderen Seite sollte dieser Aufkleber wirklich auf die Schultaschen kommen, um den Verkehrssicherheitszweck auch zu erfüllen. Dass manche Eltern das nicht bekommen haben, ich kenne das von vielen Aussendungen, die man zuschickt, das mag vielerlei Ursachen haben, Frau Kollegin, ich bin

überzeugt, dass Sie in Ihrer politischen Arbeit auch viel Zusendungen machen, die der Adressat dann eben nicht bekommen hat. Biete aber an, Frau Kollegin, und meine das wirklich ehrlich, wenn es solche gibt, solche Leute, dann lassen Sie das auch zukommen, ich gebe Ihnen Aufkleber in ausreichender Zahl, damit die Menschen, die das nicht bekommen haben und vor allem im Interesse der Kinder, das auch kriegen können. Ich kann nicht feststellen, wer es tatsächlich nicht gekriegt hat, ich kann nur feststellen, dass das Stadtschulamt gemeinsam mit der Hauptkanzlei bemüht war, das allen zukommen zu lassen.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Bevor wir zur nächsten Frage kommen, möchte ich weitere junge Gäste begrüßen. Begrüße sehr herzlich die Schülerinnen und Schüler sowohl des BORG Monsbergergasse, Gruppe politische Bildung und die Schülerinnen und Schüler der Büro- und Datenverarbeitungsschule Benko in Graz, ebenfalls die Gruppe politische Bildung, herzlich willkommen im Gemeinderat (*allgemeiner Applaus*).

## **7) Umwandlung der Vereinsstrukturen in „Ganztätige Schulformen“**

GRin. **Felbinger** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Felbinger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, in der Stadtsenatssitzung vom 26.01.2007 wurde die Auflösung der derzeit gültigen Betreuungsverträge der Vereine SALE, ISOP, Projekt KIBIZ, Projekt KISS und WIKI beschlossen. Notwendig wurde dies durch das Steiermärkische Pflichtschulorganisations-Ausführungsgesetz, welches aufgrund bundesrechtlicher Bestimmungen jedem Schulkind unter bestimmten Voraussetzungen einen Nachmittagsbetreuungsplatz zur Verfügung stellen muss. Ein Stundenkontingent von fünf Wochenstunden wird vom Land übernommen und bezahlt.

Die Vereine garantieren derzeit - und ich gehe davon aus, dass sie das auch in Zukunft tun werden, wenn auch in veränderter Form - die Durchführung der Nachmittagsbetreuung an den Grazer Pflichtschulen.

Kritik gab es an der Vorgehensweise, wie die Betroffenen über künftigen Änderungen informiert wurden. Weiters führte diese Vorgehensweise zu Gerüchten, welche Professionen überhaupt noch eine adäquate pädagogische Ausbildung mitbringen, um die Lern- und Freizeitstunden zu übernehmen.

Meiner Meinung nach geht es nunmehr darum, den inhaltlichen Prozess transparent und klar für alle Beteiligten zu gestalten, da die Vertreterinnen diverser Vereine sehr verunsichert sind. Schließlich soll mit dem neuen Schuljahr im September 2007 die „ganztägige Schulform“ mit der neuen Nachmittagsbetreuung starten. Es sollten möglichst alle Unklarheiten und die etwaigen Problemstellungen im Vorhinein mit allen Beteiligten geklärt werden, um Startschwierigkeiten im September entgegenwirken zu können.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

### **F r a g e :**

Sind Sie bereit, die VertreterInnen von SALE, ISOP, KIBIZ, KISS und WIKI umfassend in die künftige Konzeptplanung einzubinden? (*Applaus KPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.***

StR. **Miedl:** Frau Gemeinderätin Felbinger! Selbstverständlich bin ich bereit, ist ja auch erfolgt. Ich will es vielleicht nur ganz kurz erklären. Es haben sich ein paar wesentliche Voraussetzungen für die Nachmittagsbetreuung geändert. Zum einen ist

die Kommune oder sind die Kommunen jetzt verpflichtet, ab einer Gruppengröße von zehn, wenn Eltern das wünschen, müssen wir eine Nachmittagsbetreuung einrichten, für weitere Gruppe ab 15. Das heißt, wir haben eine neue gesetzliche Verpflichtung bekommen, die auch mit Geld zu tun hat, selbstverständlich. Zweite Voraussetzung, Frau Gemeinderätin, ist, dass der Bund erstmals sich bereit erklärt, für die gegenstandsbezogenen Lernstunden selbst fünf Stunden zu finanzieren, das heißt, pro Klasse, pro Gruppe eine Stunde am Tag. Jetzt können oder kann die Kommune nicht hergehen und das von sich aus selbst finanzieren, wenn ich eine Möglichkeit habe, dass das der Bund finanziert. Das heißt, es muss uns möglich sein, mit unserer Vorgangsweise das Geld des Bundes in Anspruch nehmen und zum anderen die Infrastruktur, die wir über die Vereine errichtet haben, aufrecht zu erhalten. Und das ist eine Kunst, die eh nicht leicht war und ich habe daher die Vereine KIBIZ Leonhard, die Kinderfreunde, SALE, WIKI Steiermark und ISOP an einen Tisch gebeten und wir haben uns eine Vorgangsweise vereinbart. Die Vereine haben natürlich deswegen keine Freude, weil sie dadurch eine Stunde pro Tag für ihre Mitarbeiter sozusagen nicht in Anspruch nehmen können. Bei vielen Vereinen kann man das kompensieren, weil diese Vereine Lehrkräfte angestellt haben, arbeitslose Lehrer, die sie angestellt haben. Die haben die Voraussetzung, diese Stunde auch durchführen zu dürfen. Andere haben das nicht und dort beginnt die Schwierigkeit, ich kann sie daher nicht für fünf, sondern nur für vier Stunden beschäftigen, vielmehr der Verein und darüber hinaus, meine Damen und Herren und liebe Frau Gemeinderätin, ist die Situation die, dass wir unterschiedliche Formen haben, wir haben zum einen Schultypen, wo die LehrerInnen die Unterrichtstätigkeit und die Freizeittätigkeit durchführen, da haben wir nichts zu tun, das läuft so wie bisher. Zweitens haben wir Schultypen, wo zur Zeit am Vormittag der Unterricht stattfindet, am Nachmittag die Betreuung durch die Vereine stattfindet, da kommt die von mir erwähnte Problematik und drittens haben wir Schultypen, wo zur Zeit noch gar nichts stattfindet, wo aber auf Grund der Begehrlichkeiten der Eltern die Stadt etwas einrichten muss und dort werden wir natürlich auch diese Vereinsvarianten vorantreiben. Das heißt, wir werden mit all diesen fünf Vereinen zukünftig weiter arbeiten, die haben eine gute Arbeit gemacht und ich werde diese Vereine natürlich auch einbinden, ich kann aber den Vereinen insofern nicht helfen, als die Rahmenbedingungen ja nicht von mir, sondern von bundes- und landesgesetzlicher Ebene vorgegeben sind. Dass das Land darüber hinaus nicht mehr bereit ist, die



Abwicklung der Finanzierung durchzuführen, ist ein vermehrter und zusätzlicher schmerzhafter Punkt, den ich aber auch nicht abändern kann, wir haben alles versucht, damit wir da eine Änderung zustande bringen. Alles ist mir nicht gelungen, einiges ist gelungen und ich glaube, dass in der Zwischenzeit die Eltern und die anbietenden Vereine ganz gut auskommen. Eines kann man natürlich nicht verhindern, Frau Kollegin, auch in dem Bereich ist es so, wir befinden uns vor Gemeinderatswahlen und man versucht halt, auch da oder dort Stimmung zu machen. Ich war besonders verwundert darüber, dass nach den Gesprächen mit den Vereinen und Organisationen plötzlich zwei dieser Vereine, also ich schließe ganz deutlich die Kinderfreunde Steiermark aus, ich schließe ganz deutlich WIKI Steiermark aus, ich schließe ganz deutlich ISOP aus, aber die zwei verbleibenden Vereine sind dann plötzlich über die Medien gegen den Auftraggeber vorgegangen, das habe ich nicht verstanden, weil es gab keinen Grund dafür. Die Rahmenbedingungen waren klar, ich habe denen ganz deutlich signalisiert, weiterhin mit ihnen arbeiten zu wollen, allerdings geht es halt nur um die reduzierte Stunde. Ich bitte Sie, das auch zur Kenntnis zu nehmen, ich tue mein Bestes, dass man im Interesse der Kinder und deren Eltern heuer erstmals eine flächendeckende Versorgung in der Nachmittagsbetreuung im Grazer Schulwesen haben werden. Darauf können wir stolz sein, das ist unsere Arbeit, nämlich auch Ihre mit, die der Gemeinderat und der Stadtsenat sozusagen gemeinsam im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler ermöglicht hat.

GRin. **Felbinger**: Eine konkrete Zusatzfrage: Welche Ausbildung müssen die Pädagoginnen am Nachmittag mitbringen, um die Betreuung durchführen zu dürfen? Volksschullehramt, Sonderschullehramt, Hauptschullehramt, akademische arbeitslose LehrerInnen, wie schaut das konkret aus?

StR. **Miedl**: Unterschiedlich, Frau Kollegin. Für den Freizeitblock ist eine pädagogische Ausbildung notwendig. Für die Unterrichtszeiten ist eine Lehrbefugnis notwendig, das muss eine Lehrbefugnis sein. Jetzt gibt es zum Teil Erzieher, die die

ErzieherInnenausbildung durchgeführt haben, die können zwar den Freizeitbereich sehr gut ausüben, dürfen aber mangels einer Lehrbefugnis im Unterrichtsbereich nicht tätig werden. Das sind leider gesetzlich vorgegebene Rahmenbedingungen, die auch der Stadtschulrat nicht ändern kann. Die Lehrbefugnis umfasst, da wird kein Unterschied gemacht, ob das ein Hauptschullehrer ist, der an der Volksschule auch unterrichtet oder umgekehrt, aber eine solche Lehrbefugnis muss vorhanden sein.

### **8) Dringlicher Antrag vom 18. 3. 2004**

GRin. **Rücker** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe letztes Mal schon Bezug genommen auf die Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf der kommunalen Ebene. Wenn man die genauer liest, dann gibt es ein paar Ansätze, die auf kommunaler Ebene umzusetzen wären und einer ist mir dann doch bekannt vorgekommen, weil ich doch im Jahr 2004 dazu schon einen Vorstoß gemacht habe. Damals ist es mir darum gegangen zu schauen, wie schaut es aus, wir haben in der Stadt, in der demokratischen Vertretung inzwischen einen relativ hohen Frauenanteil, verändert hat sich dann diese Situation wieder sehr stark durch die vorgenommenen Auslagerungen in die städtischen Gesellschaften. Ich habe damals vorgerechnet, wie wenig Aufsichtsrätinnen es gibt, wie wenig Geschäftsführerinnen oder teilweise gar nicht existent sind, und wie die Frauenförderung in diesem Bereich ausschaut, das war damals auch noch ein leeres Feld. Wie gesagt, ich habe dann am 18.3. 2004 einen dringlichen Antrag gestellt, und ich zitiere jetzt noch einmal aus dem Diskussionsprotokoll von damals, wo nämlich von der SPÖ, und die Kollegin Edlinger hat das damals eingebracht, einen Zusatzantrag eingebracht, ein Abänderungsantrag eingebracht wurde, den möchte ich jetzt hier auch noch zu Gehör bringen, weil das einfach interessant ist, was damals von der SPÖ angekündigt wurde: eine Erhöhung des Frauenanteils in Gremien, Aufsichtsräten und Lenkungsausschüssen wird angestrebt, eine Arbeitsgruppe mit Vertretern und Vertreterinnen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien wird unter der Leitung von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

beziehungsweise einem von ihm namhaft gemachten Vertreter oder Vertreterin eingesetzt und soll bis September 2004 Vorschläge erarbeiten, wie der Frauenanteil in welchen zeitlichen Rahmen erhöht werden kann. Ich habe dann in einer weiteren Folge noch einmal nachgefragt und die Antwort war, ja wir sind gerade am Errichten eines Beteiligungsmanagements neu etc, und diese Frage wird in weiterer Folge behandelt. Ich sehe bis heute noch gar keine Ergebnisse in diese Richtung und deswegen stelle ich jetzt an dich die

### **F r a g e ,**

lieber Stadtrat!

Was haben Sie in der Folge des am 18.3.2004 hier einstimmig angenommenen Antrages zur Hebung des Frauenanteils in städtischen Gesellschaften und Aufsichtsräte in die Wege geleitet?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Zuerst möchte ich vorausschicken, dass die Ernennung und Nominierung in Aufsichtsräte ein Stück der Präsidialabteilung ist und daher nicht unmittelbar in meiner Verantwortung liegt. Die Anhebung des Frauenanteils ist mir allerdings ein großes persönliches Anliegen, das jedenfalls allerdings langfristig zu verfolgen ist, bevor deutlich erkennbare Veränderungen eintreten können. Umso wichtiger ist allerdings auch die konsequente Verfolgung, selbst wenn anfangs kaum Erfolgsmeldungen möglich sind, da Neubesetzungen ja nicht allzu häufig erfolgen und natürlich auch andere Kriterien eine Rolle spielen. Im Bereich der Geschäftsführungs- und Aufsichtsratsbestellungen bei städtischen Beteiligungen wird so wie im Magistrat selbst, bei gleicher Qualifikation den weiblichen Kandidatinnen der Vorzug gegeben. Die Beteiligungsverwaltung der Finanzdirektion selbst ist mit Frau Mag. Mlakar, Frau Mag. Temmer und Frau Mag. Lässer erstens erstklassig und zweitens weiblich dominiert. In den Gesellschaften selbst, da ist allerdings zuzugeben die Frauenquote im Führungsbereich noch sehr niedrig, generell aber zum Beispiel durch gezielte Aktionen bei den Grazer Verkehrsbetrieben ebenfalls stark im Steigen begriffen. Auch in anderen Gesellschaften wie zum Beispiel der

Messegenossenschaft ist hier ein deutlicher Anstieg beziehungsweise eine hohe Frauenquote bereits erreicht. Zugegebenermaßen wird dieses Ziel, ich habe es vorhin schon gesagt, nur langfristig zu verfolgen sein und das bedeutet auch gleichzeitig, dass wir noch nicht den von uns gesellschaftspolitisch gewünschten Standard diesbezüglich erreicht haben (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Deine Anfrage beantwortet jetzt in nicht ganz befriedigender Form die Situation zum Thema Positionen und Förderung in geschäftsführende und sonstige leitende Positionen beziehungsweise Aufsichtsräte. Der zweite Teil meines Antrages hat betroffen die Frage, inwieweit Frauenförderpläne in den Gesellschaften zu einer Voraussetzung werden, ist dazu irgendwann wieder einmal diskutiert worden, gab es diese Arbeitsgruppe, gab es ein Treffen, wie wurde darüber geredet, weil damals im Antrag war der Antrag eben, dass in den stadt-eigenen Gesellschaften Frauenfördermaßnahmen implementiert werden sollten, das wurde auch angenommen einstimmig. Da gibt es ja viele beschäftigte Frauen und Männer und deswegen stellt sich diese Frage natürlich auch auf dieser Ebene.

Dr. **Riedler**: Herr Bürgermeister, ich wurde zu einer solchen Arbeitsgruppe nicht eingeladen, im Antrag steht es auch, koordinierenderweise beim Herrn Bürgermeister einzurichten gewesen wäre, ich weiß daher nicht, ob eine solche Aktivität tatsächlich stattgefunden hat. Ich möchte allerdings durchaus diese Anregung ein weiteres Mal aufnehmen und vorschlagen, dass wir sie auch zum Diskussionsgegenstand mit unseren Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern im Beteiligungsausschuss machen.